

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 205.

Freitag, den 3. September 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Kaltes Blut! Eine Sensationsnachricht, der die „gute Absicht“ aus allen Poren schwitzt, bringt die allerweltsoffiziöse „Kölnische Zeitung“ aus Brüssel.

Zum Glück verhält sich die öffentliche Meinung gegen die von gewisser Seite planmäßig betriebene Wurm-Laktik sehr kühl; die alten Wäghen verschlagen heute, wo Felix Faure jeden Tag sein Betardencyplosbüchlein hat, nicht mehr.

Die dunklen Ehrenmänner freilich hören nicht auf, mit Schauererzählungen die Gemüther zu bearbeiten. Der Schwindel mit dem Keller Bahnungsglück, das ja mit einem angeblichen „Attentat auf den Kaiser“ zusammenhängen sollte, wurde sofort entlarvt. Nun läßt sich die „Kölnische Zeitung“ aus dem Lande wo der Dynamit-Bockspiegel Bourbon seine Triumphe feierte, telegraphiren:

„Brüssel, 1. September. Als verdächtig, ein Attentat auf den deutschen Kaiser zu planen (11), ist gestern ein Deutscher Gustav Dambensped, bis vor kurzem in London anständig, ein erst vorige Woche aus Deutschland zurückgekehrter Anarchist, verhaftet worden. Die Verhaftung wurde vorgenommen infolge Anzeige eines Deutschen, der von dem Anschläge und von der bevorstehenden Abreise des Anarchisten nach Deutschland Kenntnis erhalten hatte.“

Hier scheint, wenn das Ganze nicht eine gewöhnliche Ente ist, ein kleines niedliches Spießkomplottchen wieder geplakt zu sein, die bestellte Arbeit irgend eines feilen Burschen. Die ganze Mär schmeckt nach dem Colportageroman und nach agent provocateur. Der „Staat“ wird wieder einmal „getrottet“ durch den Braven, der dies „Komplot“ edelmüthig „enthüllt.“

Wir verzeichnen die neueste Ränbergeschichte, die wenigstens als ein Symptom der Wünsche und Strömungen gewisser einflußreicher Kreise bemerkenswerth erscheint.

Die Konfliktsthezer und Staatsstreichgesellen agitiren mit allen Mitteln für einen Schlag gegen den „Umsturz.“ Ein Ausnahmegesetz soll, koste es was es wolle, die proletarische Opposition, die dem absoluten Regiment gefährlichste, in Bande schlagen, wie zur Zeit der Hoebel und Nobiling.

Dann kann die neue Aera der politischen Entrechtung und der wirtschaftspolitischen Auspowerung wie 1879 fröhlich beginnen.

Es soll und muß scharf gemacht werden, um den großen Kampf gegen den Umsturz mit dem nöthigen Stichworte zu eröffnen. 1878 hat man gesehen, wie es gemacht wird.

Daß die Sozialdemokratie jede Gewaltthat verwirft und verurtheilt, magt heute auch kein Polizeioffizier mehr zu leugnen. Das System, nicht der Einzelne wird bekämpft.

Hier heißt es kühl bis an Herz hinein sein und sich weder schrecken noch herausfordern lassen. Kaltes Blut!

Für eine Beschränkung der Reichstagsrechte in Marineangelegenheiten treten frank und frei im Sinne des bekannten Leitartikels der „Nordd. Allg. Zeitung“, „Marinegedanken“ die „Alldeutschen Blätter“ ein, das Organ des Alldeutschen Verbandes. Die Verstärkung der Marine müsse dem jährlich sich wiederholenden Kampf der Parteien im Reichstag und in der Presse für lange Zeit entrückt werden. Deshalb müsse statt der jährlichen Katzenzählungen eine einmalige Summe von vielleicht mehreren Hundert Millionen Mark verlangt werden derart, daß dem Reichstag in den einzelnen Jahren nur über die Verwendung Rechnung zu legen wäre. — Man sieht hieraus deutlich, bemerkt mit Recht die „Freis. Bzg.“, wie die Marineschwärmer auf einen Einbruch in die Reichsverfassung ausgehen, denn die Reichsverfassung bestimmt nämlich ganz ausdrücklich: Alle Einnahmen und Ausgaben des Reiches müssen für jedes Jahr veranschlagt und auf den Reichshaushalt gebracht werden. Entsprechend diesem Verfassungsartikel haben schon bei der ersten Marineanleihe im Jahre 1867 im Norddeutschen Reichstag gerade die Nationalliberalen darauf gedrungen, daß anstatt einer einmaligen Bewilligung für mehrere Jahre, wie sie damals verlangt wurde, alljährlich diejenigen Summen auf den

Etat gebracht wurden, welche aus der Anleihe für die Marine verwandt werden sollten. Dabei ist es seitdem geblieben.

Vom Kaiser. Daß der Kaiser Ostern 1898 nach Jerusalem gehen werde, wird den „Müsch. Neuest. Nachr.“ von Kiel aus als feststehend bezeichnet. Das Kommando der „Hohenzollern“ sei von der Absicht des Kaisers unterrichtet worden. Die Reise werde 2 Monate dauern.

Die „Zeit“ fügt dem hinzu, daß man in den deutschen Kreisen Jerusalems schon vor längerer Zeit fest davon überzeugt war, daß der Kaiser zur Einweihung der ersten großen evangelischen Kirche nach Jerusalem kommen werde. Dieselbe wird auf dem Muristan erbaut, jenem Platze, den einst der Sultan Kronprinz Friedrich Wilhelm bei dessen Anwesenheit in Jerusalem zum Geschenk gemacht hat.

Eine Charakteristik des Herrn v. Miquel in der „Voss. Bzg.“ finden wir so zutreffend, daß wir dieselbe in der Hauptsache hier wiedergeben. Der Finanzminister habe die Hoffnungen nicht erfüllt, die die Linke oder auch nur die nationalliberale Partei in ihn setzte. Aber ihm darum nachzusehen, er ändere seine Meinung nach seinem Interesse, wäre eine schreiende Ungerechtigkeit. Wer Herrn v. Miquel solche Beweggründe unterschiebt, kennt ihn nicht. Die Beweglichkeit und Unbeständigkeit der Anschauungen ist bei ihm Charakter, die geistige Entwicklungsfähigkeit ist seine Eigenart; was er ist, ist er in jedem Augenblick ganz, aber im nächsten Augenblick nicht mehr; er muß sich beständig ändern und wenden. Er hätte, wenn er nicht zufällig links angefangen hätte, die ganze Entwicklung auch von rechts aus durchmachen können. Und wir begreifen vollkommen, daß Herr v. Miquel der festen Ueberzeugung ist, sich immer treu geblieben zu sein. Er hat in der That nichts mit den Streibern gemein, mit dem Epheu, der klettert und klettert. Er begeistert sich stets aufrichtig für seine jeweilige Meinung, und er ist Sanguiniker oder, wie einer seiner früheren Parteigenossen gesagt hat: ein eiserner Ofen, schnell geheizt und schnell wieder kalt.

Bismarck über die soziale Frage. Ein italienischer Zeitungskorrespondent verzeichnet aus einer Unterredung, die er jüngst mit Bismarck hatte, auch dieses:

„Aha, die soziale Frage! Ja, die ist der Schrecken aller Regierungen. Sie erfahren, was ich erfahren habe in dem Augenblicke, wo ich mich ins Wasser warf. Ich bin von Jugend auf ein starker Schwimmer gewesen, aber ich habe stets eine starke Willenskraft gebraucht, um den Schauer zu überwinden. Es gab eine Zeit, wo man die soziale Frage mit Polizeimitteln lösen konnte; jetzt wird es nöthig sein militärische Mittel anzuwenden.“

Bismarck bleibt aber doch der Alte. Er hat ja schon einmal „den General“ für eine Straßenschlacht gesucht.

Die Geschichte der französisch-russischen Allianz. Ein ehemaliger Diplomat, Herr Jules Hansen, der jetzt eine diplomatische Zeitschrift herausgibt, benützt die gegenwärtig herrschende Stimmung dafür, um ein Buch über die französisch-russische Allianz, an deren Vorbereitung er einen hervorragenden Antheil genommen, herauszugeben. Der „Pariser Figaro“ bringt offenbar von Hansen selbst eine eingehende Besprechung des Buches. Es wird u. A. Folgendes mitgetheilt:

Der Gedanke einer Annäherung zwischen Frankreich und Rußland stammt schon von lang her, und Gambetta äußerte sich bereits in diesem Sinne Hansen gegenüber im Jahre 1881. „Wenn wir erst einmal ein starkes Heer hätten, dann werden wir Verbündete finden und dann werde ich, wie Sie, Anhänger einer Allianz mit Rußland sein. Diese Eventualität habe ich oft mit dem General Stobeleff, den ich sehr liebe und achte, in's Auge gefaßt.“ Gambetta ertheilte als Minister des Aeußeren dem Grafen de Chaudorby, der den Botschafterposten in Petersburg angenommen, die Weisung, der russischen Regierung die Versicherung zu geben, er werde Alles gegen die in Paris weilenden Nihilisten thun, was die Regierung verlangen würde. Auch bei der Besprechung der anderen Botschafterposten sah Gambetta besonders darauf, daß die Diplomaten, die er ernannte, ganz begeisterte Anhänger einer russenfreundlichen Politik wären.

Hansen erzählte sodann die Bemühungen des Herrn Florens, eine Annäherung mit Rußland herbeizuführen, und den Empfang der bulgarische Delegation,

der in Petersburg einen so günstigen Eindruck machte, daß der Zar dem Botschafter de Laboulaye seine hohe Bestrebung ausdrückte. Fürst Bismarck hingegen zeigte sich sehr beunruhigt über diese Schwelung in der auswärtigen Politik Frankreichs und bald darauf brach der Schnaebeler Handel los. — Am 6. Mai 1887 hatte Hansen eine Unterredung mit dem Präsidenten Grevy, der sich folgendermaßen äußerte: „So lange ich die Geschäfte in der Hand habe, wird Frankreich nie Jemand angreifen und nie den Krieg erklären. Sollte Deutschland durch einen leichtfertigen Angriff oder durch eine Art brutaler Wildheit Frankreich überfallen, dann werde ich mich verteidigen und ich habe keine Angst. Der Schnaebeler Handel hat gezeigt, daß Herr von Bismarck nicht mehr mit Europa anfangen kann, was ihm beliebt, und daß er mit der öffentlichen Meinung zu zählen hat. Seine eigenen Verbündeten hätten sich gegen ihn erklärt, wenn er die Dinge auf's Aeußerste getrieben hätte. Es wäre höchst wünschenswert, daß man mit der Zeit zu einem modus vivendi mit unseren Nachbarn, ja zu einer gleichzeitigen Abrüstung kommen wird, denn alle großen Staaten werden durch die Heeresausgaben erdrückt. Was Elsaß und Lothringen anlangt, so haben wir diese durch den Frankfurter Vertrag abgetreten und wir sind nicht dafür verantwortlich, was in jenen Ländern vorgeht, die Deutschland erobern wollte. Was Frankreich und Rußland betrifft, so haben sie offenbar ein gemeinsames Interesse, daß die deutsche Macht sich nicht weiter entwickle. Diese bedroht Rußland eben so sehr, wie Frankreich. Diese beiden Länder müssen demnach durch friedliche Mittel einander unterstützen.“

Wie der „Frankf. Bzg.“ aus Paris geschrieben wird, ist man in diplomatischen Kreisen darüber einig, daß das Bündniß in unzweifelhafter Form schon vor der Reise des Präsidenten der Republik nach Rußland bestand und daß die Proklamirung der Allianz nur deshalb gerade jetzt beschlossen wurde, weil man eine gewisse Nervosität der öffentlichen Meinung in Frankreich nicht in Abrede stellen konnte und diese durch das Aussprechen des Wortes „Alliance“ beschwichtigen zu müssen glaubte. Auch müsse die Gestaltung der Dinge auf der Balkanhalbinsel, die sicher für Frankreich und Rußland ungünstig sei, hierzu beigetragen haben. Ferner sei in der Proklamirung des Bündnisses eine Warnung an England zu erblicken, die um so klarer sei, als sie direkt nach der Reise des deutschen Kaisers nach Petersburg, also jedenfalls nach vorhergegangener Benachrichtigung und Beschwichtigung desselben erfolgt sei. Hier und da werden auch, aber mit der größten Vorsicht, Andeutungen gemacht, daß das Bündniß gewisse „Abösungen“ bezüglich der Stellung Deutschlands zu Frankreich nach sich ziehen könne, dies aber nur unter gewissen Voraussetzungen und Umständen, wie sie augenblicklich noch nicht ganz und voll existirten.

Die Turiner „Gazette Piemontese“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Korrespondenten mit einer hochgestellten diplomatischen Persönlichkeit, die über die russisch-französische Allianz folgende Mittheilungen gemacht haben soll: Die Allianz sei für sechs Jahre geschlossen und verfallte gleich dem Dreibunde im Jahre 1903, sie sei rein defensiven Charakters. Die Revanche-Idee habe durch die Allianz nichts gewonnen, es sei nicht ausgeschlossen, daß Rußland binnen Kurzem mit Italien einen ähnlichen Vertrag abschließen, wie er von 1884 bis 1890 zwischen Rußland und Deutschland bestanden habe. Kaiser Wilhelm sei bereits in Petersburg von der Allianz und deren friedlichen Natur unterrichtet worden.

Auf den Widerspruch zwischen der Handelspolitik und der Marinepolitik weist Dujo Brentano in den „M. N.“ hin. Er schreibt: „Man empfindet es als einen Widerspruch, wenn die Regierung einerseits die Handelsverträge und damit die während eines Jahrhunderts zur Förderung des Exports aufgewendete Arbeit in Frage stellen läßt, andererseits eine Flottenvermehrung zur Hebung des Exports fordert. Man sagt, daß, wer verkaufen will, auch kaufen muß, da uns niemand abkaufen kann, wenn wir nicht von ihm kaufen. So lange aber die Regierung den Tendenzen, die agrarische Einfuhr auszuschließen, nicht scharf entgegen tritt, sieht man nicht, wie eine Flottenvermehrung unsern Export sichern oder befördern soll. Denn was nützen alle

Kriegsschiffe, die wir nach Argentinien oder anderen süd-amerikanischen Häfen schicken, wenn wir uns weigern, den dortigen Ländern das abzunehmen, was sie allein für das, was wir dort einführen, bieten können? Wozu die deutsche Flagge in Asien zeigen, wenn die deutsche Volkswirtschaft nur auf den heimischen Markt gegründet werden soll?"

Ueber den letzten Sitzungstag des internationalen Arbeiterschutzes schreibt man aus Zürich dem „Vorwärts“: Die Tagesordnung des heutigen Tags birgt keine Konfliktgefahren; und da dies der letzte Tag des Kongresses ist, wird dem ersten internationalen Arbeiterschutzes-Kongress der Ruf parlamentarischer Ordnung erhalten bleiben.

Die beiden zu verhandelnden Fragen: „Mittel und Wege zur Verwirklichung des Arbeiterschutzes“, und „Internationales Amt für Arbeiterschutz“ sind in der Sektion sehr ausführlich beraten worden, und die Referenten: Decurtins und Curti haben alles Nichtselbstverständliche so gründlich und überlegen erklärt, daß eine Debatte im Plenum eigentlich überflüssig wäre. Inbezug auf die letzte Frage, und wer immer etwas auf dem Herzen hat — und deren sind nicht wenige — muß es heute thun. Aber die Redezeit wird fürsorglich von vornherein auf fünf Minuten beschränkt, und so kann der Kongress noch so zeitig geschlossen werden, daß die Dampferfahrt auf dem herrlichen Züricher See, die nach gethaner Arbeit die Kongreßteilnehmer noch zu gemeinsamem Vergnügen einigen soll, rechtzeitig stattfinden kann. Die Stimmung ist eine durchaus harmonische. Auf allen Seiten herrscht Freude, daß der erste Versuch, die Vertreter der verschiedenen Parteien zu dem großen Friedenswerk der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen, so über alles Erwarten gelungen ist. Auch die englischen Delegirten sind heute in besserer Stimmung, als in den ersten Tagen; sie haben reichlich Gelegenheit gehabt, ihre Ansichten zu vollem Ausdruck zu bringen und sich über die abweichende Meinung kontinentaler Delegirten zu unterrichten. Trotzdem enthalten sie sich der Abstimmung über die Resolution betreffend die Mittel und Wege, die sonst einstimmig angenommen wird. Sie enthalten sich, weil ihnen die englische Uebersetzung der Resolution nicht rechtzeitig zugegangen ist. Es muß jedoch festgestellt werden, daß hieran die englischen Delegirten selber die Schuld tragen. Die haben nämlich in der Sektionsitzung gefehlt, wo die Resolution in ihrer jetzigen Fassung vereinbart wurde, und wo auch englische Uebersetzer anwesend waren.

In Bezug auf die Hausindustrie haben die englischen Delegirten sich nachträglich überzeugt, daß sie im Irrthum waren, wenn sie glaubten, die Hausindustrie werde von den Delegirten des Kontinents verteidigt, und sie haben auch begriffen, daß eine Resolution, welche die Abschaffung der Hausindustrie dekretirt hätte, bei der Rolle, welche die Hausindustrie auf dem Kontinente, namentlich in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz noch spielt, ein Unsin und eine Vächerlichkeit gewesen wäre. So stimmten sie denn gestern für die vermittelnde Resolution, die von deutscher Seite bezüglich der Hausindustrie vorgeschlagen war.

Für die Engländer, deren kraftvolles Eintreten für ihre der Majorität vielfach entgegengekehrten Anschauungen ihnen große Sympathie erwarb, war dieser Kongress jedenfalls von Nutzen. Es ist ihnen niemals so klar gemacht worden, daß sie, um nicht die Führung mit der internationalen Arbeiterbewegung zu verlieren, aus ihrer Isolirung heraustreten und sich mit dem Stand der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Kontinents mehr vertraut machen müssen. Und an unseren englischen Freunden ist die Lehre nicht verloren gegangen.

Nach dieser Richtung hin hat der internationale Arbeiterschutzes-Kongress wohl mehr gutes gewirkt, als irgend einer der früheren internationalen Arbeiter-Kongresse, den Londoner Kongress mit eingerechnet — und zwar hauptsächlich deshalb, weil kein früherer Kongress in gleichem Maße die Möglichkeit ruhiger Verständigung geboten hat.

Recht bedauerlich ist, daß die Franzosen nicht kamen. Angesichts der Petersburger Knuten-Komödie wäre es doppelt im Interesse des französischen Proletariats gewesen, die internationale Solidarität zu betonen. Für unsere französischen Parteigenossen ist allerdings geltend zu machen, daß der französische Klerus, und zwar auch der sozialreformatorische, mit dem Prodvortheurer Meline sich zusammengethan hat, um die Sozialdemokratie zu erwürgen. Da ist es ja zu verstehen, daß unsere Genossen keine Lust haben, mit solchen Elementen in einem Kongress zu sitzen. Sie hätten dieselben aber auch hier, gewiß nicht mit weniger Erfolg als in Frankreich, — bekämpfen können.

Es ist nicht geschehen, und unsere französischen Genossen werden, so oder so, mit Herrn Meline und der französischen Klerikalfertig werden.

Der ruhige, gesichtsmäßige, eine freie Aussprache ermöglichende Verlauf dieses Kongresses bildet seinen Hauptvortrag und verleiht ihm, was auch immer das Resultat seiner Beratungen und Beschlüsse sein möge, einen hohen praktischen Werth. Das wird auf allen Seiten gefühlt und kam vor dem Schluß des Kongresses und auch nachher noch — während der Dampferfahrt nach Rapperswil an der Putteninsel Ufnau vorbei — zu lebhaftem und warmem Ausdruck:

Daß die Herren Kathedersozialisten und Sozialreform-Professoren auf dem Kongress durch Abwesenheit glänzten, hat dem Kongress keinen Abbruch gethan, aber dem Ruf dieser Herren Professoren. War

es Furcht vor König Stumm? Oder professorale Höchnäsigkeit? Oder Mangel an Ernst? Nun — verloren ist nichts an den Herren. Der Arbeiterbewegung haben sie durch ihr Fernbleiben sicher nicht geschadet. Eher das Gegentheil.

Was wird König Stumm, was wird das deutsche Centrum zu diesem Kongress sagen? Warten wir es ab.

Unter allen Umständen hat der Kongress die Aufgabe, die ihm gestellt war, vollaus erfüllt; das Ende war gut wie der Anfang, und, wenn wir von parteipolitischen Gesichtspunkten absehen, so muß nach einstimmigem Urtheil der Theilnehmer das Zeugniß ausgestellt werden: in Bezug auf Organisation, Leitung und Ton war der erste internationale Arbeiterschutzes-Kongress ein Musterkongress.

Die Finanzlage des Reiches und die Marineforderungen. Die „Nationalliberale Korresp.“ gefaßt sich in Schönsfarbereien der Finanzlage in der Art wie es Schatzsekretär Graf Posadowsky im März d. J. bei Erörterung des Marineetat's versuchte. Die Schönfärberei zerfällt sofort, wenn man die einfache Thatsache sich vergegenwärtigt, daß der Etat für 1897—98 zur Bilanzirung einen Anleihebedarf von 81 Millionen Mark erfordert. Auch wenn, wie anzunehmen ist, die Zölle und Verbrauchssteuern die niedrigen Anschläge erheblich überschreiten, so wird damit der Anleihebedarf doch nur auf etwa 40 Millionen Mark vermindert werden können. Die „Nationallib. Korresp.“ aber macht es wie gewisse Praktiker im Weinhandel und mischt die Zahlen von zwei Jahrgängen durcheinander, um das Jahr 1897—98 besser erscheinen zu lassen, als es ist. Zum ersten Mal hat das Jahr 1896—97 eine Schuldentilgung von 23 Millionen Mark ermöglicht. Diese Schuldentilgung bringt nun die „Nationallib. Korresp.“ von dem Anleihebedarf des nachfolgenden Jahres 1897—98 in Abzug. Für die beiden folgenden Etatsjahre 1898—99 und 1899—1900 sucht die „Nationalliberale Korrespondenz“ sogar Ueberschüsse von 65 und 60 Millionen Mark herauszurechnen, welche Anleihekredite überflüssig machen und auch einige Millionen der Reichsschuld abtragen würden. Dazu ist ganz und keine Aussicht, schon wegen der im nächsten Etatsjahre nachfolgenden Artilleriekredite und Marinekredite, selbst wenn die Marinebauten sich in den von der Mehrheit des Reichstages gebilligten Grenzen halten. Gerade in so verhältnismäßig günstigen Jahren wie den jetzigen aber müßte der Reichshaushalt die Mittel bieten zu einer erheblichen Abtragung der Reichsschuld, nachdem diese Schuld seit dem Tode König Wilhelms I. sich nahezu verdreifacht hat und von 721 auf 2125 Mill. Mark angewachsen ist.

Ans dem Kolonialreich. Ueber einen englisch-deutschen Zwischenfall wird dem Hamb. Korresp. aus Deutsch-Südwestafrika gemeldet. Der Dampfer Seabird, der den Verkehr zwischen Koppstadt und den Quanao-Inseln in der Lüderich-Bucht unterhält, hat nach Meldungen kaplädtische Blätter sich den Anordnungen der deutschen Behörden über Anwerbung von Arbeitern widersetzt. Infolge davon war der Kapitän Bucco des Dampfers festgenommen worden, auch hatte das Kanonenboot Hyäne auf das Schiff geschossen. — Aus Uganda werden neue Kämpfe gemeldet. „König“ Mwanga hatte am 6. Juni Uganda heimlich verlassen, um eine Erhebung im Budda-Bezirk gegen die englische Regierung zu organisieren. Der Vicekommissar Major Ternan schlug die Streitkräfte Mwangas am 20. Juli. Der König floh danach auf deutsches Gebiet und ergab sich den deutschen Behörden, von denen er festgehalten wird. Später wurde die Ordnung in ganz Uganda wieder hergestellt. Es besteht die Absicht, den unmündigen Sohn Mwangas zum König zu erklären und eine Regentenschaft einzusetzen.

Das bayerische Centrum, welches durch die Agitationen der Bauernbündler und anderer Abtrünniger sich in keineswegs angenehmer Lage befindet, wird auch durch die etwas mildere Haltung des Bauernagitors Dr. Heim nicht besonders getröstet werden. Dr. Heim befindet sich zur Zeit in seinem Wahlkreise Weiden und entwickelt in den verschiedenen Ortschaften sein Programm. Unlängst war er in Neustadt a. W.-R. und hielt dort eine längere Rede, wobei er sich nach dem „Reg. B.“ u. A. äußerte: „Ich werde zum Centrum treten, denn es ist besser, in der Partei die Wasser in die rechten Wege zu leiten, als außerhalb der Partei zu stehen und nichts auszurichten. Oben würde man es freilich gerne sehen, wenn ich das Centrum sprengte und eine neue Fraktion bildete. Aber ich werde beim Centrum bleiben, denn das Centrum hat ein gutes Programm. Es hat auch schon viel gethan für das Volk. . . Ich werde darum das Programm der Centrumspartei annehmen, mir aber in der Taktik freie Hand vorbehalten.“ Befragt, was die letztere Wendung bedeuten solle, erwiderte Dr. Heim: „Ich meine damit: Ob gibt es Meinungsverschiedenheit, da werde ich dann meiner Ueberzeugung folgen und mich nicht leithammeln lassen. Ich werde in der Fraktions-sitzung meine Meinung offen aussprechen und begründen. Geht man mit mir, so ist es recht, geht man nicht mit mir, dann gehe ich meine eigenen Wege. Uebrigens weiß ich, daß viele Herren im Landtage auf mich warten, denn sie möchten einen haben, der lange Stiefel an hat und vorausgeht. Nun gut, den Hannemann mit den langen Stiefeln will ich machen.“

England.

Die Londoner Gewerkschaften hatten am Sonntag im Hyde Park eine große Demonstration veranstaltet zu Gunsten des Kampfes der Maschinenbauer. Ueber den

Verlauf der Demonstration ist Näheres noch nicht bekannt dagegen ist der „Vorwärts“ in der Lage, den Text der Resolution wiederzugeben, die von acht Plattformen herab zu Annahme empfohlen werden sollte: „Die Versammlung spricht ihr vollstes Einverständnis aus mit dem Vorgehen der Maschinenbauer und den mit diesen verbundenen Gewerkschaften, das darauf gerichtet ist, den Achtstundentag, der bereits in den Regierungswerkstätten und in der Mehrzahl der Londoner Maschinenfabriken sich bewährt hat, zur Durchführung zu bringen. Sie erklärt ferner ihre wärmste Sympathie mit den Arbeitsbrüdern der Provinz, die von den Unternehmern, welche die Organisationen der Arbeiter zu vernichten suchen, angegriffen wurden, ohne daß Differenzen bestanden. Alle Arbeiter des vereinigten Königreiches werden aufgefordert, den kämpfenden finanzielle und moralische Unterstützung zuzuwenden.“

Griechenland.

Die griechischen Staatsgläubiger sind gegenwärtig das eigentliche Hinderniß für den Friedensschluß zwischen der Türkei und Griechenland. Da einige der Großmächte sich so eifrig der Interessen der Besitzer griechischer Staatsschuldcheine annehme, könnte beinahe die Annahme gerechtfertigt erscheinen, daß es diesen Mächten, als sie an Stelle Griechenlands die Verhandlungen mit der Türkei einleiteten, nicht um die Friedensstiftung allein zu thun war, sondern ebenso sehr um die Sicherstellung der Gläubiger Griechenlands. Wie sehr dieser Gesichtspunkt gegenwärtig die „Friedens“-Verhandlungen beherrscht, ergibt sich aus einer Mittheilung der „Köln. Ztg.“ aus Berlin, welche lautet: Nach einer Meldung der „Agence Havas“ aus Athen von gestern liegt es in der Absicht der griechischen Regierung, als Sicherheit für die Kriegsschuldentilgung die Einnahmen aus der Tabak- und Stempelsteuer anzuweisen. „Verantwortlich“, bemerkt das Blatt dazu, „sind diese Steuererträge schon für den Dienst der älteren griechischen Anleihen verpfändet, und die Inanspruchnahme derselben Einkünfte für weitere Zinszahlungen könnte die Rechte der früheren Gläubiger unter Umständen empfindlich berühren. Wir glauben nach der bisherigen Haltung unserer Regierung in der griechischen Finanzfrage zu der Erwartung berechtigt zu sein, daß das Berliner Kabinet die Freigebung der in Rede stehenden Steuereingänge für die Zwecke der neuen Anleihe nicht eher gutheißt wird, bis eine Auseinandersetzung mit den älteren Gläubigern erzielt und die in dem Präliminarfrieden festgesetzte Finanzüberwachung wirksam in Kraft getreten ist. Erst wenn diesen Erfordernissen in allem Umfange genügt ist, würden wir den älteren Gläubigern empfehlen können, die bisher ihnen verpfändeten Staatsinkünfte für den Dienst der Kriegsschuld freizugeben, bezw. der griechischen Regierung beliebig zur Verfügung zu stellen.“

Wir sind gewiß nicht geneigt, die griechische Schuldemacherei, die zum Staatsbankrott führte, in Schutz zu nehmen. Aber mit den Gläubigern Griechenlands haben wir absolut kein Mitleid. Sie haben sich durch die gebotenen hohen Zinsen zur Uebernahme der unsicheren Papiere verlocken lassen, obwohl sie die Unsicherheit derselben kennen mußten, denn kein zahlungsfähiger Schuldner zahlt so hohe Zinsen. Diese haben ihnen schon gefallen; die Sicherheit sollen ihnen nun aber die Großmächte schaffen. Das Wertwürdigste ist, daß etliche derselben sich darum so eifrig bemühen und den Friedensschluß damit verzögern. Wer in der Jagd nach hohen Zinsen sein Geld riskirt, den soll man ruhig seinem Schicksal überlassen, wenn die Sache schief geht. Den für Griechenland wie für die Türkei gleich unerträglichen Zustand der Schwelbe zwischen Krieg und Frieden der griechischen Staatsgläubiger wegen auch nur einen Tag länger aufrecht zu erhalten, erscheint uns absolut ungerechtfertigt.

Asien.

Von der indischen Grenze. Nach den neuesten Meldungen vom Schauplatz des Aufstandes in Indien ist jetzt auch der Kohatpaß im Besitz der Afridis. Mindestens 20 000 Mann Truppen sollen erforderlich sein, um die Afridis zu bezwingen und zu entwaffnen.

Man glaubt, so berichtet die „Voss. Ztg.“, daß, wenn die britischen Truppen nach den jüngsten Ereignissen zu lange in der Defensive bleiben, das Ergebnis ein all-gemeiner Aufstand sein werde. Einsteifen ist nach einer amtlichen Drahtung aus Simla der Vormarsch der britischen Armee eingestellt.

Die Stämme haben sich in großer Anzahl auf den Höhen rings um Nach herum, das an der Bahn Muschaf-Bolan liegt, gesammelt. Sechs Eingeborene, die acht Meilen von Quetta an einer Schanze beschäftigt waren, wurden heute Vormittag von Ghazios getödtet. Drei einflußreiche Beludschon-Häuptlinge sind mit vielen Einwohnern der Grenzdistrikte von Beludschistan nach Afghanistan übergetreten.

Lübeck und Umgebung.

Zuzug ist fernzuhalten von Tischlern nach Ostorf, Schloßern und Maschinenbauern nach Dänemark.

Achtung Holzarbeiter! Nach den Möbelwerkstätten von Gebr. Wasserstradt, W. Senff, S. M. Th. Bahrdt, S. P. S. Pamperin, F. Schramm, sowie Demuth u. Co., ist der Zuzug streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Rohde, Lederstraße 3. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Einem nationalliberalen Maschzettel gemeinster Sorte druckt das Amtsblatt in seiner gestrigen Morgenausgabe ab. Derselbe beschäftigt sich mit der Broschüre des Genossen Legien über den Hamburger Hafenarbeiterstreik, welche in ihrer zweiten Auflage auch einige Mittheilungen über die Ereignisse nach Beendigung des Streiks enthält: U. A. wird darin etwa gesagt:

„Die endgültigen Maßregelungen von am Streik theilhaft gewordenen Arbeitern haben sich schließlich doch als nicht allzu groß herausgestellt. Mit Ausnahme der Schlichterstellung der wieder angenommenen Staatsqual-Arbeiter, sowie der Maßregelungen von 20 bis 30 Gewerksführern und einer Anzahl Maschinisten, sind die Streikenden fast allgemein in ihr früheres Arbeitsverhältnis zurückgeführt.“

Daraus schließt der saubere Verfasser der Schweinburgerzeit, es sei „Schwindel gewesen, was nach Beendigung des Streiks durch die sozialdemokratischen Agitatoren und Zeitungen von Maßregelungen der Streikführer, von Lohnkürzungen usw. in die Massen hinaus getragen wurde“. Die „20-30 Gewerksführer usw. setzten jedenfalls freiwillig ihr Martyrium fort, für das man als Sozialdemokrat gut bezahlt wird“ usw. usw.

Der für seine Schmutzfinckenleistungen jedenfalls nicht schlecht bezahlte Ordnungsjournalist setzt sich mit echt nationalliberaler Eleganz über die Thatsache hinweg, daß die zweite Auflage der erwähnten Broschüre nahezu ein halbes Jahr nach Beendigung des Streiks erschienen ist. Daß in der ersten Zeit thatsächlich viele Hunderte die Hungerpreiße zu kosten bekommen, wird ebenso vorsichtig „übersehen“, wie die selbstverständliche Thatsache, daß die Herren Aheber Arbeitskräfte gebrauchen und eine vielleicht lebenslängliche Maßregelung aller Wohlthätigen daher nicht wohl durchzuführen können. Aus Nächstenliebe haben sie die Ausständigen nicht wieder eingestellt, sondern einfach, weil sie Ausbeutungsobjekte gebrauchen mußten, um den geschädigten Profit zu reagieren. Sie wissen sehr genau den Wirth einer tüchtigen Arbeitskraft zu schätzen, und wo diese sich bietet, billig bietet, da gilt ihnen auch der „Arbeitsmangel und Heuchel“ gegenüber das „non olet“. — Und das halbe Hundert Arbeiter, welches bei alledem noch wegen besonderer Barmherzigkeit endgiltig in Acht und Bann gethan ist, gilt dem Schweinburger garnichts! „Gutbezahltes Martyrium!“ Wir wünschten dem schamlosen Goldschreiber nur für ein halbes Jahr die Annehmlichkeiten eines solchen Martyriums — er würde ein für allemal kurirt sein. Zur Charakteristik der Gesinnungslumperci, die in der bürgerlichen Presse zum Ekel sich breitmacht, haben wir unsern Lesern diese Leistung unterbreitet.

Anträge zum Mecklenburger Parteitage. Die „Meckl. Volksztg.“ veröffentlicht deren eine weitere Serie. Die Genossen in Schwaben fordern: 1. Kurz vor der Reichstagswahl sind die wichtigsten Paragraphen des Reichswahlgesetzes in kleinen Broschüren, oder auf ein Flugblatt abgedruckt, herausgegeben. 2. Sollte die nächste Reichstagswahl im Sommer stattfinden, so sind zur Agitation Flugblätter in polnischer Sprache zu beschaffen. Die Genossen in Gützkow: Für sämtliche Orte, wo sich eine Anzahl Abonnenten der „M. V.“ befindet, sind besondere Rubriken einzurichten, in welchen die „Amtlichen Bekannmachungen“ der betreffenden Orte abgedruckt werden. — Die Genossen in Lübz: Den Kopf der „M. V.“, „Organ der sozialdemokratischen Partei“, wieder aufzuheben und statt dessen nur die einfache Bezeichnung „Mecklenburgische Volks-Zeitung“ vom 1. Jan. 1898 ab zu gebrauchen, event. der Zeitung noch ein Unterhaltungsblatt über ländliche Interessenfragen beizufügen. 2. Den nächstjährigen Parteitag in der Zeit vom 1. bis 15. Jan. abzuhalten. — Die Genossen in Crivitz: Der Parteitag möge Mittel und Wege finden, um die in den einzelnen Orten bestehende Volkfrage zur Lösung zu bringen. — Die Genossen in Waren: 1. Die Agitationsbons sind abzuschaffen, dafür sind Broschüren zu drucken, welche den Vertrauensleuten für eine bestimmte Summe käuflich zu überweisen sind. 2. Einen Modus zu formulieren, um jeden Genossen zur Zahlung einer gewissen Summe jährlich verpflichten zu können, damit nicht nur immer diejenigen zahlen, die in den Versammlungen erscheinen. 3. Einladungskarten zu Abonnenten-Versammlungen sind unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. — Die Genossen in Bülow: 1. Mindestens halbjährlich ist eine Agitation für die „Meckl. Volks-Ztg.“ in jedem Orte, wo sich Filialen derselben befinden, vorzunehmen. Weitere Anträge decken sich inhaltlich mit den bereits veröffentlichten. Sie betreffen durchweg Presse und Landagitation.

Vom Tage. Verhaftet wurde ein zugereifter Arbeiter, welcher einem vor dem Mühlenthor auf einer Bank eingeschlafenen Arbeiter Portemonnaie und Uhr entwendet und letztere versteht hat.

Welcher Lohnsatz gilt, wenn nichts vereinbart ist? Zu dieser Frage haben zwei Gewerbegerichte Stellung genommen. Das Gewerbegericht zu Hanau hat sich dahin ausgesprochen, daß in einem solchen Falle der Lohn zu gewähren sei, den der Arbeiter in seiner letzten Stellung gehabt habe, vorausgesetzt, daß zwischen dem Austritt aus der früheren und dem Eintritt in die neue Stellung kein zu langer Zwischenraum liegt und der Arbeiter im Wesentlichen in derselben Weise wie früher beschäftigt wird. — Das Berliner Gewerbegericht hat entschieden, daß mangels Abrede der in der Werkstatt übliche Lohn als gewollt zu gelten habe.

Am Rhein, am Rhein, da wachsen unsere Neben! Unter dieser Stichmarke schreibt das „Hamb. Echo“: Aber auch in Lübeck und anderwärts gebeiht der Wein; zwar nicht auf Bergeshöhen, wohl aber im tiefen Keller, wo der Kellermeister singt: „Im tiefen Keller sitz' ich da und braue „Alten Malaga.““ Recht interessante Aufschlüsse über die nordischen Kellerweine giebt der Bericht des hygienischen Instituts über die Nahrungsmitteluntersuchung. Das Institut hatte von einem Weinhändler „Alten Malaga“ entnommen lassen, um denselben

zu untersuchen. Nach der Angabe des Weinhändlers bei der polizeilichen Vernehmung hatte er den Wein aus 100 Litern „Malaga Sekt“, 100 Litern Wasser, 20 Litern Spiritus „zusammengestellt“ und in ein durch „Zotischwefeln“ behandeltes Faß gebracht. Dieses Faß wurde geltend gemacht, daß nach angestellter Percolation der angebl. zum „Verschnitt“ gelangte „Malaga-Sekt“ kein weinähnliches Getränk, sondern ein Syrup mit fast 30 Prozent Extrakt und 0-0,3 Prozent Alkohol hätte sein müssen, wenn die Angaben über die Zusammensetzung zutreffend wären. Das Schöffengericht verurtheilte den Fabrikanten unter Zugrundelegung seiner eigenen Angaben. Nach eingeleiteter Berufung wurde bei der gerichtlichen Verhandlung vor der Strafkammer denn auch festgestellt, daß der „Alte Malaga“ nicht jener Verschnitt war, sondern ein „Fruchtwein“; es war nämlich einer ganzen Parthie von Flaschen, die die Etikette „Malaga“, „Feiner Fruchtwein“ erhalten sollten, „aus Versehen“ das Schild „Alter Malaga“ aufgedruckt, der ursprünglich für den obengenannten Verschnitt bestimmt war. Die genannten Weine waren nachweislich aus Rosinen u. von einem Lübecker Fabrikanten hergestellt, die Gärung war durch starkes Schwefeln unterdrückt. In sämtlichen Fällen wurden die Weine für gesundheitschädlich erklärt. Diese Vorgänge werfen ein Streiflicht auf die im Handel mit billigen Weinen vorkommenden Manipulationen. — Eine Probe „Rothwein“ enthielt 13,26 g Alkohol bei 0,46 g Glyzerin in 100 cem, daneben auch noch einen rothen Theerfarbstoff. Der Vieferant gestand beide Manipulationen — Alkoholzusatz und künstliche Auffärbung — ein, er wurde zu einer mäßigen Geldstrafe verurtheilt. Fünf salizylsäurehaltigen Weine stammten aus derselben Handlung, der Wein war vor dem Inkrafttreten des Weingesetzes angelaut. Gewisses Interesse bot die Untersuchung einer Anzahl von „Fruchtweinen“, nicht nur hinsichtlich ihrer Zusammensetzung, sondern auch hinsichtlich der Art und Weise, wie solche Produkte hergestellt und behandelt werden. Die Flaschen trugen alle in großem Druck die den echten Weinsorten entsprechenden Bezeichnungen und in ganz kleiner, leicht zu übersehender Schrift den erklärenden Zusatz „Feiner Fruchtwein“. Der Bericht enthält weitere ausführliche Angaben über diese Untersuchungsergebnisse: „Rothwein“ I ist einer hiesigen Handlung entnommen. Der Geruch des Weins war in Folge des hohen Gehaltes an schwefliger Säure stechend, der Geschmack wie nach einer Mineralsäure, der Genuß von geringen Mengen verursacht Prickeln und Kratzen im Halse, Hustenreiz. Der charakteristische Geschmack der freien schwefligen Säure trat deutlich hervor. Ganz ähnlich verhielten sich auch die übrigen Weine. Dieser „Rothwein“ verdankte seine rothe Farbe einem Farbstoffe, die durch Alkali kaum verändert wurde, gegen Säure beständig war, mit Bleiflüssigkeit einen rothbraunen Niederschlag lieferte und aus salzsaurer Lösung vollkommen in Amylalkohol überging. Von dem zum Vergleich herangezogenen Farbstoffen glichen die Extrakte aus Fernambuk und Sandelholz dem fraglichen Farbstoff am meisten. „Rothwein“ II wurde von dem Lager der Vieferanten zusammen mit „Muskat“ und „Wadeira“ entnommen; der Wein trug zwar dieselbe Etikette, verhielt sich aber völlig anders. Die Nachforschungen ergaben, daß der Vieferant den ursprünglichen Wein mit salizylsäurehaltigem Kirschsafte verschnitten hatte.

Das Margarinegesetz oder, wie es offiziell heißt, das Gesetz betreffend den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln vom 15. Juni 1897 tritt mit Ausnahme der Bestimmungen des § 4 über die getrennten Verkaufsräume am 1. Oktober d. J. in Kraft. § 5 dieses Gesetzes bestimmt, daß in öffentlichen Angeboten, sowie in Schlusscheinen, Rechnungen, Frachtbriefen, Kanossumenten, Lagercheinen, Ladecheinen und sonstigen im Handelsverkehr üblichen Schriftstücken, welche sich auf die Lieferung von Margarine, Margarinetäfel oder Kunstpeisefett beziehen, die im Gesetze vorgeschriebenen Waarenbezeichnungen angewendet werden müssen. Demgemäß ist es von dem genannten Zeitpunkt ab nicht mehr zulässig, daß dem Schweineschmalz ähnliche Zubereitungen, deren Fettgehalt nicht ausschließlich aus Schweineschmalz besteht, unter der bisher vielfach auch für diese Kunstpeisefette noch üblichen Bezeichnung: Schweineschmalz oder dergleichen in den Verkehr gebracht werden; für sie ist vielmehr nur die Bezeichnung Kunstpeisefett anzuzuwenden.

St. Sedan, das mehr und mehr der Vergessenheit anheimfallende, giebt dem Amtsblatt Anlaß zu einigen höchst unangebrachten Renommistereien. Erwähnen wollen wir daraus nur, daß unsern Nachbarn jenseits des Rheins der Wortwitz des Chauvinismus gemacht, aber nicht hinzugefügt wird, daß dieses Unkraut diesseits des Rheins eher noch üppiger in's Kraut geschossen ist als drüben.

Bekanntmachung legte heute ab der Kapitän G. Quimich von der österr.-ungar. Bart „Artiere Giovanni“ wegen seiner Reise von Savannah nach Lübeck.

Selbstmord hat gestern ein zwölfjähriges Mädchen, angeblich aus Furcht vor Strafe begangen, indem es bei der Eisenbahnbrücke sich in den Stadtgraben stürzte.

Das Befahren des Hafengestades vor den Schuppen Nr. 21 bis 24 mit Fuhrwerken. Unter Aufhebung der Verordnung vom 28. Dezember 1896 verordnet das Polizeiamt: Das Befahren des Hafengestades zwischen den Schuppen Nr. 21 bis 24 und dem Bohlwerk ist verboten. Uebertretungen dieser Verordnung werden auf Grund des § 366, 10 des Reichsstrafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Die Lübeckische Staatsangehörigkeit haben im Monat August 1899 erworben: August Franz Christian Crämer aus Strausdorf in Sachsen-Meiningen. — Ernst Wilhelm Götz aus Eibenstock in Sachsen. — Gustav Friedrich Alfred von Huth aus Suelten in Mecklenburg-Schwerin.

Hans Joachim Hinrich Meyer aus Eckhorst im Fürstenthum Lüneburg. — Ernst Leonhard Friedrich Müller aus Ulrichshagen in Sachsen-Weimar-Eisenach.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamte angenommen: Hans Joachim Hinrich Meyer, Wasseur, Carl Georg Joachim Strund, Lehrer, Ludwig Friedrich August Welscher, Kaufmann. Dieselben haben am 25. August 1897 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Den Offenbarungseid haben im Monat August acht Personen geleistet.

In das Handelsregister ist eingetragen am 1. Septbr. 1897 auf Blatt 1667 bei der Firma „C. A. Lindgren u. Co.“: Die Procura des Jena Friedrich Lauson ist erloschen.

Hamburg. Sombetch Phra Paramindr Maha Chulalongkorn — Uff! — Sr. Majestät der König von Siam, beehrte gestern „höchsteigend“ die Gartenbau Ausstellung durch allerhöchsten persönlichen Besuch und geruhten höchstselbst im Union-Restaurant allergnädigst zu Mittag zu speisen. Natürlich durfte die „gutgefinnte“ Presse dabei nicht fehlen; sie wurde aber von einem herben Mißgeschick betroffen. Als Sombetch Phra Paramindr Maha Chulalongkorn sich nach dem Festsaal der Haupthalle begab, mußten die getreuen Preßknappen unten auf die allerhöchste Rückkehr warten, warteten da aber vergeblich, denn Ihre Majestät hatten es vorgezogen, sich auf einem anderen Wege zu entfernen und waren bereits auf dem Wege zum Union-Restaurant, um allda den kulinarischen Genüssen zu huldigen. Spornstreichs eilten die dupirten Preßknappen, als sie diese Botschaft hörten, nach dem Union-Restaurant, sollten hier aber nicht zugelassen werden. Schließlich erbarmte man sich ihrer und geleitete sie auf Umwegen durch Keller und Küche zu einem Winkel hinter dem dichtbesetzten Büffet, von wo aus sie dem Mittagmahl der hohen Herrschaften zuschauen und die mit Bratenduft geschwängerte allerhöchste Atmosphäre einsaugen durften. Man wird es begreiflich finden, daß unter diesen Umständen von einer Aufzählung der genossenen Speisen und Weine in den „Festberichten“ nichts zu entdecken ist. — In der Haupthalle wurde die siamesische Majestät von einem Sängervor mit dem „Tag des Herrn“ begrüßt, der in ein „hipp hipp Hurrah!“ ausklang. Zu Ehren des allerhöchsten Besuches spielte die Musik den „Song an Chula longkorn“. — Gar kein übles Geschäft sollen die Händler gemacht haben, die mit ihrem Geschrei: „Schuler Langohr, König von Siam, Festprogramm, Postkarten mit Portrait!“ die Straßen erfüllten. Hoffentlich läßt die Hamburger Staatsanwaltschaft, die unter Umständen bei einer Beleidigung ausländischer Potentaten nicht mit sich spaßen läßt, in diesem Falle Gnade für Recht ergehen und verschont die armen Händler mit einer Anklage wegen siamesischer Majestätsbeleidigung.

Hamburg. Ein Schiffskapitän wegen Vergehens gegen die Seemannsordnung auf der Anklagebank. Gegen den Schiffskapitän Berndt Henrik Walches Danielsen wurde Anklage erhoben, daß von ihm geführte Schiff „Fis“ für die am 21. Juli 1895 angetretene Reise nach Süd-Amerika nicht genügend mit Trinkwasser versorgt und sich dadurch eines Vergehens gegen § 97 der Seemanns-Ordnung schuldig gemacht zu haben. Als im November 1895 die „Fis“ von der Reise zurückkehrte, erstattete der Schiffszug Dr. Gumbinner, welcher die Reise mitgemacht hatte, Anzeige, daß das von hier mitgenommene Trinkwasser bereits auf der Hinreise und zwar vor Valparaiso ausgegangen und von diesem Zeitpunkt an, zum größten Theile sogar noch auf der Rückreise sei der aus 43 Mann bestehende Besatzung das als Ballast von hier mitgenommene rohe Elbwasser, trotz vielfacher Beschwerden und Vorstellungen seinerseits als Trinkwasser verabreicht worden. Da während dieser Zeit nun mehrfache Krankheitserscheinungen bei der Mannschaft aufgetreten, für welche er eine andere Erklärung nicht gefunden, müsse seiner Ueberzeugung nach im Trinkwasser die Ursache dieser Erkrankungen gesucht werden. Auf die daraufhin eingeleitete Untersuchung ist denn auch gegen Danielsen Anklage erhoben worden. In der vorgestrigen Verhandlung deponirte Danielsen, er habe in anderen südamerikanischen Häfen kein frisches Trinkwasser eingenommen, weil dasselbe dort zu theuer sei. Früher habe man immer nur rohes Elbwasser eingenommen. Auf Grund der Sachverständigen-Gutachten beantragt der Staatsanwalt 1 Monat Gefängniß und 300 Mk. Geldstrafe event. 60 Tage Gefängniß. Das Gericht hielt ein Vergehen des Angeklagten gegen § 97 für festgestellt, nahm jedoch von einer Gefängnißstrafe Abstand und erkannte nur auf eine Geldstrafe von 200 Mk. event. 20 Tage Gefängniß.

Altona. Die Sektion der getödteten Riehlmann hat nicht nur ergeben, daß der Messerfisch die Todesursache war, sondern auch, daß die Getödtete kurze Zeit vor ihrem Tode geboren hat. Ueber den Verbleib des Kindes weiß man jedoch nichts. Die Vermuthung liegt nahe, daß noch ein Verbrechen vorliegt. Riehlmann, der die Riehlmann getödtet hat, ist noch immer sehr niedergeschlagen. Er behauptet, daß er seiner Sinne nicht mächtig gewesen sei, als er die That ausgeführt habe.

Altona. Verworfen Revision. Der Händler, der vor kurzer Zeit wegen Theilnahme an den Diebstählen auf dem Blüchener Bahnhof zu 18 Monaten Gefängniß vom hiesigen Landgericht verurtheilt worden ist, hatte Revision eingelegt. Dieselbe ist vom Reichsgericht verworfen worden.

Riel. Sie sitzen im Rohr und schneiden Pfeifen! unsere „liberalen“ Stadtväter nämlich, Be-

kanntlich haben sie im Jahre 1892 den Wahlrechtszensus von 660 Mk. auf 1200 Mk. hinaufgeschraubt und dadurch 5000 bis dahin wohlhabende Bürger kommunalpolitisch rechtlos gemacht. Der sozialdemokratische Stadtverordnete **Wrodt** u. h. u. mußte deshalb aus dem Stadtverordnetenkollegium ausscheiden und der zweite sozialdemokratische Stadtverordnete, **Genosse Feinzel**, wurde in Folge der Wahlentziehung nicht wiedergewählt. Inzwischen ist die Zahl der in Folge der Benutzerhöhung rechtlos Gemachten auf 11000 angewachsen. Um den arg verblähten Glanz des „Freisinn“ wieder einigermaßen aufzufrischen, hatte nunmehr der frühere Stadtverordnetenvorsteher **Niepa**, Redakteur der „Kleiner Btg.“, den Antrag eingebracht, den Zensus wenigstens auf 900 Mk. herabzusetzen. Aber eine Kommission der Stadtväter, der dieser Antrag überwiesen wurde, hat denselben mit 7 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Es bleibt also bei der Wahlentziehung der 11000 Steuerzahlenden Kommunalbürger. Eine vortreffliche Charakterisierung des „Liberalismus“. Wenn sich diese Gesellschaft „liberal“ schimpft, dann ist das genau so zutreffend, als wenn roben schwarze Mohren sich als „Weißgestalt“ bezeichnen. Die erwähnte Kommission zur Beratung des Antrages Niepa stellte sich auf den Standpunkt, daß absolut kein Unrecht darin zu erblicken sei, daß 11000 Bessiten mit über 660 Mk. Einkommen durch die Benutzerhöhung ihres Wahlrechts beraubt seien, da ja das neue preussische Einkommensteuergesetz dazu die Handhabe biete und in mehreren anderen Städten der Provinz, z. B. Neumünster und Itzehoe, der Wahlzensus auf 900 Mk. und in Flensburg, Altona und Wandsbeck sogar wie in Kiel auf 1200 Mk. festgelegt sei. Nicht einmal darin wurde ein Unrecht gefunden, daß man 5000 ehemals wahlberechtigten Bürgern mit einem Schläge das Wahlrecht raubte und ihre Wahl kassierte, da das preussische Gesetz einen Gewaltstreik sanktionierte. Man sieht, bemerkt die „Schl. Volk. B.-Btg.“, daß die Herren, welche den doch so zahmen Antrag Niepa ablehnten, gar kein Gefühl dafür zu haben schienen, daß ein ungeheuerliches Unrecht in der Wahlrechtsberaubung von beinahe zwei Dritteln aller früher wahlberechtigten liegt, weil — nun, weil das preussische Einkommensteuergesetz einen solchen brutalen Akt der Entziehung zuläßt. Man beachte: zu läßt, durchaus nicht vorschreibt! Und welches waren denn die Gründe, welche die sieben Mitglieder der neungliedrigen Kommission den Antrag Niepa ablehnen ließen? Zunächst erklärte man: weil die beiden Steuerstufen von 900—1200 Mk. nur einen geringen Teil der gesamten städtischen Steuern aufbrächten, nämlich 47861 Mk. — also kaum den vierzehnten Teil der Leistung der höheren Steuerstufen gegenüber, die Mk. 689188 betrage — deshalb hätten sie auch kein Recht, im Stadtverordnetenkollegium vertreten zu sein! Gebe man den entrechteten Steuerklassen das Wahlrecht

jurlich, so setze man sich also der Gefahr aus, durch diese der Sozialdemokratie Heeresfolge leistenden Klassen majorisiert zu werden! Selbst wenn man nur dem Niepa'schen Antrag entspreche, so gebe man dadurch 4702 Bessiten gegenüber den bisherigen 6627 Wahlberechtigten das Wahlrecht. Von diesen 4702 Bessiten werde aber der größere Teil sozialdemokratisch wählen und dadurch den Frieden im Stadtparlament gefährden. Außerdem aber werde man dadurch, daß man dem Antrag Niepa gemäß nur einem Teil der Entrechteten das Wahlrecht wiedergebe, die vorhandene Erbitterung über die frühere Entziehung nicht aus der Welt schaffen. (Hier wird also, entgegen früheren Behauptungen von dieser Seite, doch ausdrücklich einmal eine vorhandene Erbitterung zugeben!) Um aber auch nur den 1200 Bessiten der Steuerklasse von 1050 bis 1200 Mk. das Wahlrecht zurückzugeben, sei — man höre und staune — eine Aenderung des Ortsstatuts notwendig, die nicht ratsam sei, da das Ortsstatut erst vor 5 Jahren festgelegt sei! Auch sei ja bei dem fortgesetzten Sinken des Geldwertes zu befürchten, daß in diese Klasse manche Arbeiter, die dann sozialdemokratisch wählen würden, aufzuträfen könnten. Abgesehen davon, daß schon das „Sinken des Geldwertes“, mit anderen Worten, die Verschlechterung der Lebenshaltung, ein wichtiges Augenmerk ist, sieht man auch aus diesem Passus des Kommissionsberichts, daß die Herren im Stadtparlament eine schlotternde Angst vor auch nur einem oder zwei Sozialdemokraten haben müssen! Angesichts dieser Thatsache ist die Annahme wohl nicht zu lähn, daß im Stadtparlament manches faul sein, daß Mancher die sozialdemokratische Kritik zu fürchten haben muß! Aber ist nicht auch der Standpunkt, daß die Niedrigstbesteuerten bis zu einem Einkommen von 1200 Mark keine Ursache zur Klage über ihre Entziehung haben, weil sie ja zusammen nur circa 83000 Mk. Steuern zahlen, einfach ungeheuerlich? Wer ermächtigt denn den Angehörigen der höheren Steuerklassen das Zahlen ihrer höheren Beträge? Doch nur das Proletariat, aus dessen Mehrarbeit das Unternehmertum seine hohen Einkommen herauschlägt? — Die Proletarier, die dann auch als Mieter u. s. w. nach allen Regeln der Kunst von den Besitzenden ausgebeutet werden! Wenn die 83000 Mk. für den Stadthaushalt so ein Lumpengeld sind, so hätte man ja einfach den entrechteten Klassen auch die Steuern erlassen können, wie ja auch in der Kommission von einer Seite beantragt wurde. Aber dagegen sträubt man sich natürlich mit Händen und Füßen, indem man erklärte, auch nicht den kleinsten Betrag entbehren zu können! Natürlich, wenn man für Bismarck- und Reiterdenkmäler das Geld zum Fenster hinausschmeißt, so kann man auf die Steuergrößen der Entrechteten nicht verzichten!

Schönberg. Ein Hegenprozess im wahren Sinne des Wortes kam hier in der letzten Schöffen Sitzung zur Verhandlung. In der Ortschaft L. im hiesigen Fürstenthum war schon seit längerer Zeit nicht mehr Alles so ganz „richtig“ gewesen. Auf verschiedenen Stellen sollte das Vieh und auf anderen Stellen sollten sogar die Kinder beherzt sein. Der Verdacht fiel bald auf eine Frau L., die unglücklicherweise nur ein Auge hatte. Verschiedene Leute reisten nach Lübeck zu einer Frau, die ein Mittel gegen die Hegen haben sollte. Nun mußte es einmal passieren, daß die im Verdacht stehende Frau L. zu einer Frau W. äußerte, daß sie eine Frau K. für die Hegen halte, die auch ihre Kinder beherzt habe. Die Sache gelangte zur Anzeige, und der Hegenprozess endete damit, daß die Frau L. in eine Gefängnisstrafe von 15 Mk. event. 3 Tagen Gefängnis verurtheilt wurde.

Mosk. Todesfall. Am 30. August starb einer unserer Veteranen, unser langjähriger Parteigenosse, der **Schneider Joh. Mehl.** Obgleich körperlich schon längere Jahre schwach, war er doch jederzeit, wo es galt, für die sozialdemokratische Partei einzutreten, auf dem Posten. In den sechziger Jahren als Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins sowie später unter dem Sozialisten-Gesetz galt sein Streben dem Wohle der Arbeiterklasse, und unermüdet wirkte er, so lange er konnte, für Ausbreitung des sozialistischen Prinzips. Erscheute, trotzdem er Krücken beim Gehen zu Hilfe nehmen mußte, hierbei vor mehrstündigen Agitationstouren nicht zurück und beschämte durch seinen Eifer manchen rüstigen jüngeren Genossen. Sein Andenken wird von den Parteigenossen in Ehren gehalten werden!

Gerichtliche Zwangsversteigerungen:
im Gerichtshause, Zimmer 20,
Donnerstag 12 Uhr.

Grundstück	Eigentümer	Erlöse Mk.	Termin
Schiffelbuden 18	Waffen	21 600	9. Sept.
Ludwigstraße 28	Rähler	5 500	9. "
Faden. Allee 10b	Steffen	20 000	9. "
Deppenau 5	Brülling	2 000	23. "
Fischergrube 44/3	Woss	500	23. "
Obertrave 20/3	Biered	1 440	23. "
Obertrave 19/3	Burmeister	300	30. "
Megdienstraße 69/12	Hannemann	1 080	30. "

See-Berichte.
D. Hebe, Kapl. Bergström, ist am 1. September in Abo angekommen.
D. Burg, Kapl. Thiel, ist am 1. September von Königsberg nach hier abgegangen.
D. Alice Krohn, Kapl. Trettau, ist am 31. August in Tarnow angekommen.
D. Engel, Kapl. Kressenberg, ist am 31. August in Neval angekommen.
D. Europa, Kapl. Voigt, ist am 31. August in Wasa angekommen.

Billig zu vermieten ein Logis
Klavenstraße 19.
Zu verm. Logis für 1 Mann Hundestr. 44.
Gesucht zum 1. Oktober eine Wohnung im Preise bis zu 200 Mk von einem Brautpaare. Gesf. Off. unter **T B 17** an die Exped. d. Bl.
Gesucht ein tüchtiger Schmiedegeselle auf Beschlag Danforthstraße 15.
Gesucht zu sogleich eine Frau zum Brodaustragen nach fester Kundenschaft 49 Langer Lohberg 49.
Gesucht eine alte alleinstehende Frau bei einem Kinde. **H. Lüth, Zaubersflöte.**
Ein Arbeiter sucht leichte Beschäftigung Offerten unter **H 13** an die Exped. d. Bl.
Zu sofort oder später kann ein junges Mädchen in meinem Geschäft
das Buchfach gründlich erlernen.
E du Bois, Moissinger Allee 16.

Sofort zu verl. ein fast neuer Gasdrant wegen Mangel an Platz Schützenstr 39a.
Billig zu verkaufen
ein schöner blühender Oleander Untertrave 84.
Zu verkaufen ein eiserner Ofen unzugänglich Danforthstraße 17, 1. Et., Fl.
Feine und grobe Wäsche wird gewaschen, ausgebessert und geplättet Bütcherstraße 33, 1. Et.

Kreuzstickerei wird gestickt in allen Mustern Fleischhauerstraße 23, bart.
Damenstiehl 7 Mk., Flechten von 2,50 Mk. an **Heinr. Wiese, Feiseur, Königsstr. 24.**
Feinste Bier-Kartoffeln 10 Liter 50 Pf. **Bachwehr-Allee 25. Bernhard Grube.**

Kronsbeeren, täglich frisch, empfiehlt **Ludw. Hartwig, Obertrave 8.**

Achtung Maurer!
Laut Beschluß des Haupt-Vorstandes wird die Unterstützung für die durch den Bauarbeiterstreik in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen vom 4. August ab ausbezahlt. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt am Sonntag den 5. d. Mts., Morgens von 7—9 Uhr im Vereinshaus.
Die Lohnkommission.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:
Ferdinand Lassalle's
» Reden und Schriften.
Neue Gesamtausgabe.
Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von **Ed. Bernstein.**
Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mk. —,20.
Bandausgabe:
Band I: geheftet Mk. 2,50, in Leinen gebunden Mk. 3,—
in Halbfranz gebdn. (Liebhabeereinband) „ 4,—
Band II: geheftet Mk. 4,—, in Leinen gebunden „ 4,50
in Halbfranz gebdn. (Liebhabeereinband) „ 5,50
Band III: geheftet Mk. 3,50, in Leinen gebunden „ 4,—
in Halbfranz gebdn. (Liebhabeereinband) „ 5,—
Zur Beurteilung der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesamtausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

Glückwunsch-Karten
in reicher Auswahl
speziell zu Geburtstagen, Verlobungen, Hochzeiten u. silbernen Hochzeiten.
Feine Ausstattung in den verschiedensten Preislagen empfiehlt die
Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Probieren Sie bitte Ludw. Hartwig's
streng naturell geröstete **Coffee's**
das Pfund zu 1 Mk. und 1,20 Mk.
Matjesheringe
à 10 und 5 Pf.
empfehlen in guter Qualität
Heinrich Koop
Marktwiese 4.

Restaurant Zur Zauberflöte.
Guter bürgerlicher Mittagstisch
à Couvert 1 Mk., im Abonnement 80 Pf.
Margarine
stets frisch, per Pfund 50, 65 und 60 Pf.
Heinr. Cords, Engelwisch 35.
Speciallaben für Margarine recht.

Grosse Auction!
heute Freitag den 3. September, Nachmittags 2 1/2 Uhr
in der Hundestr. 41
über: Riehmangel, Sopha, Stühle, Bettstellen, Regulator, Reisekoffer, Seetische, Normalhemden und Hosen für Herren und Damen, f. Cigarren, ein großer Kasten Tapeten, Borden, Kollpferde und sonstige Spielsachen.
Weitere Zusendungen werden Hundestr. 8 oder 41 erbeten.
J. C. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator.

Voranzeige.
Einem hochverehrten Publikum von Lübeck und Umgegend mache ich hierdurch die höfliche Mittheilung, daß ich für die kommende Saison 1897/98 für das
Concerthaus, Lübeck, Fünshausen,
Abtheilung: **Emil Naucke's Variété**
als **Direktor** engagirt bin.
Es wird stets mein Bestreben sein, nur das Beste und Großartigste moderner Künste vorzuführen.
Ich bitte noch höflich, mir das in so reichem Maße bewiesene Wohlwollen auch in kommender Saison zu Theil werden zu lassen.
Die Eröffnungsvorstellung
findet **Donnerstag den 16. September, 7 1/2 Uhr, statt.**
Das Stabflement ist durch Bühnenhaus erweitert, mit Dampfheizung, elektrischer Lichtanlage versehen, großartig renovirt, belorirt und auf das Comfortabelste eingerichtet. Alles Nähere s. St. Hochachtungsvoll **Emil Naucke.**

Der Kampf und Sieg der Schieferbruch-Arbeiter von Bethesda.

Wie schon gemeldet, hat der Kampf der Schieferbruch-Arbeiter des Lord Penrhyn sein Ende gefunden. Am 22. August hat eine Versammlung der betreffenden Arbeiter nach mehrstündiger Diskussion der Friedensbedingungen diese einstimmig gutgeheißen und neben dem Führer ihrer Sache, W. P. Williams, auch den Lord Penrhyn selbst hoch leben lassen. Es muß anerkannt werden, daß dieser letztere, so hartnäckig er auf seiner Oberhoheit als „Eigentümer“ und „Arbeitsherr“ bestand, in der Art seiner Kriegsführung gegen die Arbeiter eine gewisse Mäßigkeit beobachtet, sich frei von kleinlicher Nachsicht und brutalen Verfolgungswuth gezeigt hat, wie auf der anderen Seite die Arbeiter ihrerseits sich ebenfalls streng darauf beschränkt haben, den Streit mit Lord Penrhyn auf der Höhe eines Kampfes um's Recht zu halten. Selten oder vielleicht nie in der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung ist eine so lange — mehr als dreiviertel Jahre — sich hinziehender Zustand so absolut frei von Ausschreitungen geblieben wie es dieser war.

Der Streit datirt über ein Jahr zurück. Er war ursprünglich ein Kampf um einen Mindestlohn und um Abstellung verschiedener Mißstände beim Ausgeben der Arbeiten. Wie es in der Natur der Sache liegt, herrscht in den Schieferbrüchen eine Art Stücklohn- oder Akkordarbeit-System. Die Arbeit an verschiedenen Gängen des Bruches wird von Monat zu Monat an Gruppen von Arbeitern vermietet — gewöhnlich drei gelübte Schieferbrecher, die noch einen Tagelöhner heranziehen — und die Bedingungen sollen je nach der Natur des Ganges so gestellt werden, daß für durchschnittliche Arbeitsleistung ein Durchschnittslohn herauskommt. Daß dabei leicht allerhand Differenzen entstehen, liegt auf der Hand. Daher die Forderung der Arbeiter, daß ihnen ein Mindestlohn gewährleistet werde — er sollte bei einem Normallohn von 5 Sch. 6 P. 6 Sch. 6 P. betragen — und daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mannschaften und der Leitung des Bruches durch das Mittel des Komitees der Gesamtbelegschaft, d. h. der Gewerkschaft der Arbeiter zum Austrag gebracht würden. Andere Beschwerden betrafen die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge solcher Arbeiter (auch Welsh-Nybelwyr genannt), für die keine solche Akkordarbeit gefunden wird, und die daher auf die Arbeit bei oder für Zwischenunternehmer angewiesen sind, die bestimmte Partien des Bergwerks auf längere Zeit zum Abbruch pachten. Ferner die Verhältnisse derjenigen Arbeiter — der sogenannten Wadrockmen — deren Hauptarbeit in Beseitigung des schlechten Gesteins besteht, wozu natürlich weniger Geschick gehört als zum Brechen des Schiefers selbst. Auch diese Arbeiter litten unter dem System der Zwischenverpachtung. Hier hatte die Grubenleitung Abhilfe versprochen. Sie machte sich anheißig, die Zahl der „Nybelwyr“ zu vermindern, d. h. mehr Arbeiter als bisher in den Stand zu setzen, Arbeit selbstständig in Gruppen Akkord zu übernehmen, und Maßregeln dagegen zu treffen, daß die Pachtabschlüsse mit Konkurrenzunternehmern zur Aus-

schwüfung der Arbeiter durch Leute führe, die solche Kontrakte übernehmen, die Arbeit zu schlechteren Bedingungen im Kleinen weiter verpachten und, ohne selbst zu arbeiten oder ein Risiko zu übernehmen, die Differenz kurzerhand in die Tasche stecken. Andere Zugeständnisse können hier übergangen werden. Absolut abgelehnt wurde dagegen die Forderung des Mindestlohnes und das Verlangen des ständigen Komitees des Vereins der Gesamtbelegschaft als die Vertretung der Arbeiter der Grube ver-waltung gegenüber anzuerkennen. Diefelbe bestritt den Arbeitern nicht das Recht, solch ein Komitee zu bilden, wollte aber selbst absolut nichts mit ihm, sondern nur mit den einzelnen Arbeitern oder Deputationen der einzelnen Arbeitergruppen zu thun haben. Mit andern Worten, ihre Oberhoheit sollte prinzipiell unangefastet bleiben.

Darüber ist es schließlich zum Ausstand gekommen. Am 26. September v. J. entließ die Verwaltung zwei Arbeiter, weil sie auf Beschluß des Belegschaftskomitees ihrer Aufforderung, sich in ihrem Bureau einzufinden, nicht Folge geleistet hatten, und zwei Tage darauf erhielten weitere 71 Arbeiter, darunter das ganze Belegschaftskomitee, ihre Entlassung. Die Arbeiter erklärten sich in einer Massen-Versammlung mit den Entlassenen solidarisch und beschloßen, ihrerseits auch „abzulegen!“ Gleichzeitig wandten sie sich an das Gewerbeamt und ersuchten es auf Grund des kurz vorher in Kraft getretenen Gesetzes über die Schlichtung von Arbeitskonflikten um seine Vermittlung. Das Amt leistete dem Gesuch gern Folge, aber die Vermittlung scheiterte an der Weigerung Lord Penrhyns, irgend einen „Außenstehenden“ an der Verhandlung zwischen ihm und seinen Arbeitern teilnehmen zu lassen und einen Fremden oder ein Mitglied des entlassenen Arbeiterkomitees als Dolmetscher zuzulassen (die Masse der Arbeiter spricht nur Welsh). Ende Dezember wurden die Gruben endgültig geschlossen. Lord Penrhyn bewilligte einer Anzahl älterer Arbeiter, die bisher fortgearbeitet hatten, eine Pension und seine Frau that manches, individuelles Gutes zu mildern, aber über 2500 Arbeiter blieben infolge seiner Weigerung ihrer bisherigen Einkunftsquelle beraubt. Eine Anzahl jüngerer Leute fand nach und nach auswärts Arbeit, für den Rest wurde in Gewerkschaftskreisen, unter den Genossenschaften (die Arbeiter selbst haben einen größeren Konsumverein) und namentlich auch in den Kapellen der religiösen Sektierer gesammelt.

Die Wallier Arbeiter sind nämlich fast sämtlich Dissidenten, der Mehrzahl nach Methodistens. Neben oder in Verbindung mit der Religion pflegen sie sehr eifrig den Gesang, ihre Gesangvereine sind die besten im britischen Reich, und so kam man auf die Idee, die Gesangvereine von Bethesda heranzuziehen und durch Gesangvorträge Geld für die Ausgesperrten aufbringen zu lassen. Das ist denn auch monatelang mit Erfolg geschehen. Wie viel Geld auf diese Weise und durch die lokalen Unterstützungskomitees aufgebracht wurde, läßt sich schwer feststellen, die von Gewerkschaften, Genossenschaften und sonstigen Freunden für das hier in Frage gestellte Koalitionsrecht aufgebrauchten Gelder belaufen sich auf insgesamt über 430 000 Mt.

Außer dem Arbeitsamt des Gewerbeministeriums haben noch andererseits Versuche der Vermittlung statt-

gefunden, der letzte im Monat Mai. Aber die Zugeständnisse, zu denen sich Lord Penrhyn oder sein Vertreter herbeiließ, war bisher in den Augen der Arbeiter nicht für genügend geachtet worden, um ein Aufgeben des Kampfes zu rechtfertigen. Wie der jetzige Friedensschluß zu Stande gekommen, ist noch nicht bekannt; daß der Gewerbeamt, Mr. Ritchie, nicht unbeteiligt daran ist, beweist die Thatsache, daß er die letzten Tage am Ort des Kampfes war, und mit den Vertretern beider Parteien verhandelt hat. Folgendes die Friedensbedingungen, die man nach dem Vorhergesagten ohne weiteres verstehen wird:

1. Alle Arbeiter, Akkordgruppen oder Klassen von Arbeitern sollen ihre speziellen Beschwerden in erster Reihe vor den betrieblichen Betriebsleiter bringen. Befriedigt dessen Entscheid sie nicht, so soll die Sache entweder von den betreffenden selbst oder von einer Deputation, deren Ernennung dem Erweilen der Arbeiter überlassen bleibt, vor den Generaldirektor gebracht werden. Die Deputation soll aber aus nicht mehr als fünf Personen bestehen und Leute unter sich wählen, die der Masse von Arbeitern entnommen sind, um deren Beschwerden es sich handelt. Ueber allgemeine Beschwerden der Belegschaft oder solche einzelner Personen oder Gruppen, welche nach deren Ansicht nicht zufriedenstellend erledigt worden und von der Belegschaft zur Sache der Allgemeinheit erhoben worden sind, kann eine Deputation von sechs Personen, deren Ernennung der Belegschaft vollständig frei steht, mit dem Generaldirektor in Unterhandlung zu treten. In wichtigen Fällen sollen Einzelne oder Deputationen das Recht haben, gegen den Entscheid des Generaldirektors an Lord Penrhyn selbst zu appellieren, ihre Petition aber schriftlich zu begründen.

2. Für befähigte „Nybelwyr“ sollen sobald als möglich Monatsakkorde eingerichtet werden.

3. Die Vergebung von Kontrollarbeiten bleibt in den Händen der Verwaltung des Bruchs. Diefelbe stellt aber alle bei solchen beschäftigten Arbeiter selbst an und sorgt für ihre gehörige Bezahlung.

4. Von Wiederaufnahme der Arbeit an soll, so lange es die Beschäftigung gestattet, der Arbeitern derselbe Durchschnittslohn wie vorher bezahlt werden, nämlich an Schieferarbeiter 5 Schill. 6 Pence, an Steinarbeiter 4 Schill. 7 Pence, und an Handlanger 3 Schill. 7 Pence pro Tag.

5. Alle vorher beschäftigten Arbeiter sollen, soweit der Betrieb es ermöglicht, unterschiedslos wieder eingestellt und denjenigen, die anderwärts Arbeit gefunden, genügend Zeit zur Anmeldung gelassen werden.

Genauer zugehört, enthalten die Bedingungen in der Sache alles, was die Arbeiter verlangt haben. Daß jeder kleine Konflikt ohne weiteres von der Gewerkschaft aufgenommen wird, liegt kaum in deren Interesse und würde eher zu Verschleppungen als zu schneller Erledigung von Alltagsbeschwerden führen. Aber für alle wichtigen Fragen, für alle Angelegenheiten, die das gemeinsame Interesse berühren, wird der Gewerkschaftsvorstand als Sachwalter der Arbeiter anerkannt. Das und nichts anderes bedeuten die Worte, daß die „Deputation in solcher Weise ernannt werden soll, wie es den Arbeitern rathsam erschein mag.“ Treffend charakterisirt die liberale „Daily News“, die, wie andere liberale und radikale Blätter den Ausgang für einen vollen Sieg der Arbeiter erklärt, den „Kompromiß“ dahin, daß für einige Worte in dem ursprünglichen Verlangen der Arbeiter jetzt andere gesetzt sind. Das Komitee der Arbeiter verhandelt als „Deputation“, der Normallohn heiße „Durchschnittslohn“, und nicht die Arbeiter, die sich zur Einstellung melden, sondern die Einstellung „wünschen“, werden wieder eingestellt. „Wahrhaftig“, bemerkt das Hauptorgan der englischen Liberalen, „das

Für Chron und Altar.

Von Marc Monier.

Aus dem Französischen von Aug. Heine.

(5. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Eines Tages wurde ein reicher Engländer in Neapel von den Gerichtsdienern festgehalten, als er eben auf's Schiff steigen wollte. Ein Geschäftsmann hatte ihn verhaften lassen, weil Jener ihm angeblich eine größere Summe Geldes schuldig sei.

Er präsentirte einen Schuldschein und sechs Zeugen, welche mit ihren eigenen Augen gesehen hatten, daß dem Fremden das Geld in Baar ausgezahlt war.

Der Unglückliche wurde gezwungen, wieder an's Land zu kommen. Er lief zu seinem Konsul. Dieser zuckte die Achseln, lächelte und meinte: „Geht zum Advokaten Baglietta, der ist der Einzige, der Euch herausreißen kann.“

Gesagt — gethan.

„Dummes Ding — ganz dummes Ding,“ murmelte Baglietta, „ich bin ja der Advokat Eures Gegners.“

„Aber mein Gegner ist ein Spitzhube.“

„Das weiß ich.“

„Und das Ganze ist eine Fälschung — ein infamer Betrug.“

„Ist ja möglich, aber was thut's. Der Kerl wohnt in einem Hause, welches dem Gerichtsdirektor gehört — er zahlt sechstausend Franken Miete im Jahre. So einen schönen Miether kriegt der Gerichtsdirektor in seinem Leben nicht wieder.“

„Zum Teufel, so soll ich richtig um die zehntausend Dukaten geprellt werden?“

„Ristirt dreihundert, und Ihr seid davon.“

„Gut, hier sind sie.“

Im Verhandlungstermin legte der Geschäftsmann

sein falschen Schuldschein vor, und sechs Zeugen schwuren musterhaft. Allein der Advokat des Fremden (ein Kumpan Baglietta's) legte die Quittung des Gläubigers vor, und zwölf Zeugen schwuren über dem Kreuzigt, daß sie selbst gesehen hätten, wie die Summe von dem Fremden wieder zurückgezahlt worden sei. Natürlich wurde der Geschäftsmann abgewiesen und in sämtliche Kosten verurtheilt.

Ein anderes Bild!

Eines Tages kam ein Bankbeamter zu Baglietta. „D, ich Unglücklicher,“ weinte er, „ich habe mich an den Geldern der Bank vergiffen. Was fange ich nur an, damit ich nicht auf die Galeere komme.“ (Galeere nannte man die Ruderfahrer, wo die Sträflinge angefesselt wurden.)

„Wieviel habt Ihr genommen?“

„Achttausend Franken.“

„Das ist zu wenig — da kommt Ihr sicher auf die Galeere, ja, wenn es noch Millionen wären, dann würdet Ihr Finanzminister werden. Doch hört. Ich will Euch was sagen: Raubt die Bank aus, soviel Ihr zu nehmen im Stande seid, dann bringt das Geld her, das Weitere will ich schon machen.“

Der Bankbeamte brachte noch dreimalhunderttausend Franken herbei und verbarg sich dann einweilen in einem sicheren Versteck. Der Advokat schrieb hierauf einen Brief an die Bankdirection etwa folgenden Inhalts:

„Leider bin ich in der betrübenenden Lage, einem hohen Directorium die bedauerliche Mittheilung machen zu müssen, daß der Cassirer so und so, verführt durch böse Gesellschaft, der Bank dreimalhundert und acht Tausend Francs entwendete, welche er im Hazardspiel, und in unflüchtigen Börsenspeculationen vergeudet hat. Die Familie des Unglücklichen hat sich jedoch erboten, die Hälfte der Summe zu ersetzen, wenn von einem Strafantrag abgesehen wird.“

Die dann folgenden Ausdrücke, die innere Entrüstung über die Treulosigkeit der heutigen Welt, welche der Brief ferner enthielt, übergehe ich.

Man kann sich denken, daß die Bank das Anerbieten annahm. Sie bekam hundertzweihunderttausend Francs und quittirte bei dem Notar, daß sie keine Forderungen mehr hätte. In den übriggebliebenen schuldigen Rest theilten sich Baglietta und der Cassirer, welcher damit ein selbstständiges Bankgeschäft begann und heute ein großer Mann geworden ist. Baglietta ward bald darauf Staatsanwalt und wurde auch durch mehrere hohe Orden geziert, und damit gewissermaßen dem übrigen Volk als Vorbild hingestellt. Nach dem Umschwung der Dinge wurde er natürlich liberal und Anhänger des Königs von Sardinien. Er war schon lange Millionär geworden. Er hatte nur diesen einen Sohn, und aus dem wollte er einen ehrlichen und braven Menschen erziehen. Der Knabe war von einer außerordentlichen Lernbegierde. Kaum sechzehn Jahre alt, sprach er vier lebende Sprachen. Er las die deutschen Philosophen Kant, Hegel, Feuerbach in ihrer Muttersprache und lernte bereits Sanscrit (Altindisch). Neunzehn Jahre alt gab er eine italienische Uebersetzung des Schopenhauer'schen Werkes: „Die Welt als Wille und Vorstellung“ heraus.

Wunderbar, daß durch diese geistige Gefräßigkeit sich Angelo den Magen nicht verborben. Aber es sollte später noch kommen. Alle Welt war in ihn verliebt. Die Frauen, vor allen die Blondes, sind rar im Süden, und sein Vater liebte ihn, wie er noch nie Jemanden geliebt hatte. Das mußte Trombardo und nahm dieses als Mittel seiner Rache.

Solche Razzias, das ist die Bezeichnung für den Menschenfang, glücken keineswegs immer. Man raubt nicht den ersten Besten, sondern nur die Reichsten und man bereitet solchen Schlag langer Hand vor, man überwacht sein Opfer Wochen, Monate, oft Jahre lang.

erste Erforderniß für gewerbliche Schlichtungen ein Wörterbuch von sinnreichen Ausdrücken." Und in einem Leitartikel über den Kampf schreibt dasselbe Blatt:

"Es war weniger ein Kampf gegensätzlicher Interessen, als ein Kampf des Interesses der einen Seite, dem sie auf der anderen Seite unangebrachte Selbstschätzung gegenüberstellte. Lord Penrhyn hat für das Recht gekämpft, eine moderne Industrie unter dem Zeremoniell des Feudalismus zu betreiben. . . . Er versteht den Geist seiner Zeit nicht. Er wollte den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit auf die Stufe eines persönlichen Dienstverhältnisses bringen, dem er seit der Zeit entrückt ist, wo die Künste ihre Befreiung erkämpften und den Grund zur modernen Industrie legten."

So dies Organ des liberalen Bürgerthums gegen einen Magnaten, der keinen Augenblick sich herausgenommen hat, seinen Arbeitern die Aufrechterhaltung ihrer Gewerkschaft zu verwehren und nur selbst nichts mit ihr zu thun haben wollte. Was werden König Stumm und Gesolge dazu sagen?

Soziales und Partei-Leben.

Die General-Kommission der deutschen Gewerkschaften erstattet den Jahresbericht über die Bewegung, zum ersten Male auf Grund eines annähernd vollständigen Materials. Die Zahl der Centralverbände ist für 1896 mit 49 angegeben (1895 mit 50). Zusammenlegungen einiger Verbände sind die Ursache der Verminderung. Im laufenden Jahre kamen hinzu die Gewerkschaften der Eisenbahner, Handlungsgehilfen, Handels- hilfsarbeiter und Graveure. Ueber die Eisenbahner-Organisation sollen auch in Zukunft Veröffentlichungen nicht erfolgen aus naheliegenden Gründen: „im Lande der Sozialreform würden sonst die Staatsarbeiter, die sich zur Vertretung ihrer Interessen vereinigen, auf die Straße geworfen.“ Die Eisenbahnverwaltung täuschte sich in der Annahme, die Organisation der Eisenbahner zu verhindern. Bisher hätten die Maßregelungen größtentheils nur Nichtorganisirte betroffen. Von 1895 mit 259,175 Mitgliedern sind die Gewerkschaften auf 329,230 Mitglieder in 1896 gewachsen, also um 27 Proz. Seit 1893 findet ein stetiges Wachsen statt. Von 1891 resp. 1893 folgte zweimal ein Rückschritt um rund 40,000 und 14,000. Bei den auch als Gewerkschaftsorganisationen bezeichneten Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften betrug die Zunahme der Mitglieder von 1895 (mit 68,717) auf 1896 (mit 71,767) nur 4,44 Proz. Die Gewerkschaftsorganisation mit ihrem bisher höchsten Stand erwartet auch für 1897 einen starken Zuwachs der Mitgliederzahl. Legt man die Zahlen der Berufszählung von 1895 zu Grunde für die in den 49 einzelnen Berufen beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeiter, so ist die Prozentzahl der Organisirten 6,32 für männliche (316,965) und 1,17 für weibliche (12,265). Sehr verschieden ist die diesmal zum ersten Male mitgetheilte Beitragspflicht der einzelnen Organisationen. Den höchsten Wochenbeitrag von 110 Pf. zahlen die Buchdrucker, den niedrigsten die Bergarbeiter mit 6,9 Pf. Hafenarbeiter, Böttcher zahlen 9,2 Pf., die meisten zwischen 20 und 30 Pf. wöchentlich. So entsteht die Gesamteinnahme der Gewerkschaftsorganisation von 3,616,444 Mk. Ausgegeben sind 1896 3,323,714 Mk., in der Kasse befinden sich 2,323,678 Mk. Von den Ausgaben stehen die für Streikunterstützung mit 860,985 Mark (für Ausstände im Verufe der Einzelorganisationen) und 83,386 Mk. (für Streiks in anderen Gewerkschaften) obenan. Die Agitation erforderte 86,676 Mk., der Rechtsschutz 18,349 Mk., Unterstützung an Gemäßigte 37,346 Mk., an Kranke 430,938 Mk., an Invalide 57,947 Mk., für Reisen 310,000 Mk., an Arbeitslose

243,202 Mk.; als Verwaltungskosten sind 93,784 Mk. für Gehälter, 62,934 Mk. für Generalversammlungen, Konferenzen, 4784 Mk. für Prozeßkosten, 93,815 Mk. für Verwaltungsmaterial angeführt. Die höchste Mitgliederzahl hat die Organisation der Metallarbeiter: 41,095 (von 618 200 im Verufe); dann die Holzarbeiter mit 38,647 (von 364,391), die Maurer 26,600 (372 234), die Textilarbeiter 17 574 (352,770), Zimmerer 13,282 (156,391). Die Buchdrucker mit 21,002 von 55,065 im Verufe sind mit 38,10 Proz. in der Organisation, proportional also am stärksten vertreten.

Zu dem großen Konflikt der Metallarbeiter Dänemarks ist nun ein Vermittlungsvorschlag auf Grund von Verhandlungen der beiden Vorsitzenden des Arbeitgeber- und des Arbeitnehmer-Verbandes zu Stande gekommen. Die Vorstände der vereinigten Fachvereine haben den Vermittlungsvorschlag angenommen; die Fabrikanten werden sich in den nächsten Tagen schlüssig machen. Die Streitigkeiten in Odense und Slagelse, welche die Ursachen bildeten für den gegenwärtigen Kampf, sollen durch ein Schiedsgericht entschieden werden.

Aus Nah und Fern.

Ueber das Eisenbahnunglück, das sich in der Nacht zum Montag auf dem Bahnhof *Bohwinkel* ereignete, berichten rheinisch-westfälische Blätter noch folgende Einzelheiten:

Auf dem Bahnhofe Bohwinkel besteht für die nach Dornap-Steale und von dort fahrenden Personenzüge nur ein Geleise, in welches vor dem „Steeler Einschnitt“ mittels einer Weiche das zweite Streckengeleise einmündet. Am letzteren befindet sich links von Bohwinkel aus die Signallänge für die einfahrenden Züge. So lange das Geleise im inneren Bahnhof nicht frei ist, müssen die von Dornap kommenden Züge vor der Weiche im Streckengeleise liegen bleiben. Ein Theil der Schuld liegt zweifellos an der Einrichtung des Bahnhofes, auf welchem es an einem dritten Bahnsteig fehlt. Wäre dieser da, so brauchten die einfahrenden Züge nicht in das erste Geleise eingeführt zu werden. Auf die Nothwendigkeit einer solchen Uebelstand abstellenden Aenderung soll an maßgebender Stelle wiederholt schon hingewiesen worden sein, leider ohne Erfolg, obwohl im Jahre 1892 und später sich ein ähnliches Unglück unter ähnlichen Umständen an derselben Stelle zugetragen hat, wobei drei Beamten zu Schaden kamen. In der Unglücksnacht war nun das Einfahrtsignal für den Zug 1819 gegeben. Da aber der Zug 822 noch keine Ausfahrt hatte, so liegt hier der folgenschwere Fehler. Uebrigens wird der diensthabende Stationsassistent Rimel als sehr pflichttreuen und zuverlässigen von seinen Vorgesetzten geschildert. Derselbe weiß sich aber nicht zu erklären, wie das Einfahrtsignal gegeben werden konnte. Kaum war der einfahrende Zug im ersten Geleise mit gemäßigter aber immerhin erheblicher Fahrgeschwindigkeit angelangt, als er mit dem ausfahrenden Zuge zusammenstieß. Die Wulung war eine fürchterliche. Die drei Lokomotiven wurden zum Theil dermaßen in einander geschoben, daß man sie bis jetzt noch nicht zu trennen vermag und nebst den Wagen a 3 dem Geleise gehoben. Der Packwagen und fünf Personenwagen sind erheblich beschädigt. Der Packwagen wurde auf den folgenden Wagen dritter Klasse aufgeschoben. Dadurch hatte er von höherem den ganzen oberen Theil weggerissen. An mehreren Wagen 4. Klasse waren die Vorderwände eingedrückt. An einem waren noch viele Blutspuren wahrzunehmen.

Das fürchterliche Krachen, hervorgerufen durch den Zusammenstoß, das Knacken des Holzes, das Geschrei und Wimmern der Verwundeten und das Hülfeschreien und Fluchen der Eingeschlossenen belehrte die auf dem Bahn-

hofs befindlichen Beamten schnell, daß eine entsetzliche Katastrophe eingetreten war. Außer den Beamten und Bewohnern des Bahnhofes eilten viele Bürger der Stadt zu Hülfe herbei, unter letzteren auch die Aerzte Dr. Helmke und Dr. Schirp, sowie eine Krankenschwester. Von den Passagieren waren 2 todt und 11 schwer verwundet. Auch zwei Zugbeamte, der Zugführer Hausel-Hattingen und der Hülfsbremser Schneider-Kalk, welche Schaffnerdienste that, hatten schwere Verletzungen davongetragen, daß sie mit den Passagieren in die Eiserfelder Krankenhäuser transportirt werden mußten. Die Verletzungen sind mannigfacher Art: Arm-, Bein- und Rippenbrüche sowie Hautverletzungen u. s. w. Die Verkäuferin Julie Levy aus Bochum hat beispielsweise beide Beine gebrochen. Mehrere Verwundete waren derartig von den Trümmern eingeschlossen, daß sie herausgehoben werden mußten. Herr Sander-Essen, dessen Gattin und Schwägerin zu den am schwersten Verwundeten gehörte, wurde aus dem Wagenteil etwa zehn Meter weit fortgeschleudert. Man fand ihn noch lebend, doch starb er schon nach zehn Minuten. Der etwa 19jährige Anton Schmitz aus Wülfrat blieb auf der Stelle todt. Sein Leichnam mußte aus den Trümmern hervorgezogen werden. Etwa zwölf Personen waren leichter verletzt. Angesichts des großen Unglücks, welches sich ihren Augen bot, vergaßen sie aber die eigenen Schmerzen und fuhren, sobald sie konnten, nach Hause, um ihre Angehörigen zu beruhigen. Ein Mann wurde ebenfalls weithin aus dem Wagen geschleudert, kam wunderbarer Weise mit dem Schrecken und einigen Hautabschürfungen davon. Der Zugführer Hause aus Hattingen, dem mehrere Rippen gebrochen wurden, war in seinem kleinen Dienstraum eingeschlossen. Der Hülfsbremser Schneider ward gleichfalls unter den Trümmern hervorgehoben. Er hatte auf der Plattform eines Wagens 4. Klasse gestanden, als das Unglück eintrat.

Von Eiserfeld sandten sich schon nach etwa einer Stunde drei höhere Beamte der Eisenbahn-Direktion ein, welche theils die Unterbringung der Verwundeten leiteten, theils die Untersuchung sofort aufnahmen. Die Schwerverletzten wurden von der Bohwinkeler Feuerwehrlin in Wagen erster und zweiter Klasse nach Eiserfeld gebracht, wo sie gegen 3 1/2 Uhr ankamen und am Bahnhof Döppersberg von einigen Aerzten in Empfang genommen wurden. Die Kunde von dem Unglück verbreitete sich am Morgen mit Blitzesschnelle durch das ganze Wuppertal. Hunderte umfanden die Unglücksstelle, auf welcher die Aufräumarbeiten sofort vorgenommen wurden.

Mittags gegen 11 Uhr kam ein Vertreter des Ersten Staatsanwalts aus Eiserfeld zwecks Aufnahme des Thatbestandes. Ueber die Möglichkeit, wie es gekommen ist, daß ein falsches zu frühzeitiges Einfahrtszeichen gegeben wurde, gehen die Meinungen auseinander. Am meisten findet bei den Eisenbahnbeamten die Annahme Glauben, daß die elektrische Leitung zum Weichen-Stellwert infolge von Stromflührung mangelhaft oder unrichtig funktionierte. Von manchen Seiten wird auch behauptet, daß am Sonntag ein zu starker Personenverkehr geherrscht habe, durch den die Stationsbeamten den Kopf verloren hätten. Dies ist aber durchaus nicht der Fall. Als die Katastrophe sich ereignete, war es schon nach Mitternacht und die Züge ohnehin nicht übermäßig besetzt. Letzterer Umstand ist also ein großes Glück anzusehen, weil andernfalls das Unglück von noch weit entsetzlicheren Folgen begleitet gewesen wäre.

Auf Grund gerathen ist am 30. August auf der Fahrt von der Werft Vulkan in Stettin nach Swinemünde der Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große“. Die Versuche, ihn flott zu machen, waren bis jetzt erfolglos.

Die Postillon spielten mit den Räubern gewöhnlich eine Karte. Wenn der Erstere siebenmal mit der Peitsche klatschte, so hieß das so viel als: er sitzt drin. Dann springen die Räuber aus dem Hinterhalt, schießen wie toll — nehmen sich aber in Acht, daß Niemand beschädigt wird — und es ertönt der Schreckensruf: Gesichter zur Erde!

So war's auch mit dem armen Angelo gewesen, der sich mit seinem alten Diener nach Neapel zu begeben im Begriff war, wo er Medizin und Rechtswissenschaft studiren wollte. Die Beiden schleppete man mit. Den anderen Reisenden wurde kein Haar gekrümmt. Ich will ja nicht bestreiten, daß die armen Freiwilligen auch die Werthsachen und Reisegepäck der übrigen Reisenden gründlich untersucht haben werden — das ist der Krieg! — Aber der Chef und Kapitän Seiner Majestät Ferdinand II. von Neapel wußte nichts davon oder that wenigstens so.

Die Expedition war beendet. Trombarbo verabschiedete die Freiwilligen und schickte einen Gesandten nach Vater Giacinto, ihn bittend, die Verhandlungen mit dem Vater betreffs des Lösegeldes zu übernehmen. Der Kapitän, welcher nicht schreiben konnte, diktierte Tartaglia den Brief. Trombarbo verlangte zweimalhunderttausend Franken in Gold, eine goldene Repetir- und eine Remontrir-Uhr, ein Fernrohr und Cassepotgewehr, eine Nagelbüchse und einen Spiegel. Die beiden letzten Gegenstände figurirten als Nachschrift. Carmele war gerade dazu gekommen, als der Brief vollendet war. Ihr begreift, daß sie anfing, sich zu zivilisiren.

Hierauf holte sie Brod und Wein herbei für den schönen Knaben, welcher soeben erwacht war, und lief in den Wald hinein, um Erdbeeren für die Gefangenen zu suchen.

„Bestandet Ihr Euch besser?“ frug ich den Jüngling.

„Wo bin ich denn?“ sprach er mit Thränen in den Augen.

„Ihr seid bei Leuten, welche Euch nichts Böses zufügen werden.“

„Und Dominique?“

Der Knabe suchte seinen Diener auf, welcher noch nicht zum Bewußtsein gekommen war.

„Ich will ihn noch einmal wiedersehen, bevor man ihn begräbt,“ meinte er, allein der Knabe sank zu Boden, seine geschwollenen Füße und sein drückendes Fußwerk gestatteten ihm nicht zu gehen.

Ich schnitt ihm sofort seine Fußbekleidung von den Füßen.

„Ich danke schön, o, wie seid Ihr gut! Aber Dominique?“

Ich begab mich zu dem Greis, welcher die Augen halb geöffnet hatte.

„Seht Ihr mich?“ frug ich ihn.

Er nickte schwach.

„Könnt Ihr marschiren?“

Er machte das Zeichen der Verneinung.

„Wollt Ihr trinken?“

Er betrachtete mich mit einem Ausdruck des Mißtrauens. Ich nahm meine Feldflasche, welche noch mit etwas Branntwein gefüllt war, ich steckte ihm die Flaschenöffnung in den Mund und hatte die Freude zu sehen, daß die Lebensgeister allmählich bei ihm zurückkehrten.

„Er ist gerettet!“ rief ich dem jungen Mann zu.

„Komm her, lieber Junge, ich kann mich nicht erheben,“ küsterte der Alte.

Ich nahm den Knaben unter den Arm und führte ihn zum Alten. Bald saßen beide bei einander, sich gegenseitig tröstend.

Nicht lange darauf erschien auch Carmele mit den Erdbeeren, welche sie dem Jüngling anbot.

„Ich, armer Kleiner,“ küsterte sie mit einem Seitenblick auf mich.

„Zuvor der Alte“, entgegnete Angelo.

Dominique aß mit gutem Appetit und war rascher hergestellt, als ich gedacht hätte.

Während dieser Zeit eilte Carmele ab und zu mit sichtbarern Eifer.

Sie brachte Alles herbei, was sie erreichen konnte, um dem jungen Mann einen Rückenhalt aufzubauen, einen Sack Mehl, ein Feisen, einen Sack Zucker und dergleichen. Dann lief sie zur Quelle und brachte frisches Wasser.

Vor ihm niederknieend wusch sie seine blutigen Füße, es war ein wundervoller Anblick:

Der Jüngling in blonden Locken, vor ihm das Mädchen aus dem Volke in aufgelösten Haaren, sie löste ihren Haarknoten immer auf, wenn sie Männer entzücken wollte — welche Haare ihr um Hals und Brust herniederwallten bis auf seine Füße.

Tartaglia, welcher in diesem Augenblick aus der Höhle herankletterte, rief entzückt:

„Welches Bild — siehe da Maria Magdalena Jesus die Füße waschend.“

Alein Trombarbo liebte derartige lebende Bilder nicht. „Oho!“ rief er — dies war der Ruf, wenn er wüthend wurde — und alle Mann erschrakten, wenn sie diesen Ruf vernahmen, denn der Kapitän ließ keineswegs mit sich spaßen.

Carmele sprang auf, blickte ihm fest in's Auge und fragte: „Was ist denn?“

Sie bot dem erzürnten Kommandanten mit so stolzer Kühnheit Trost, daß Tartaglia ausrief:

„Großartig!“ (Fortsetzung folgt.)